

**Zeitschrift:** Der schweizerische Republikaner  
**Herausgeber:** Escher; Usteri  
**Band:** 2 (1798-1799)  
  
**Rubrik:** Gesetzgebung

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 13.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Der schweizerische Republikaner

herausgegeben

von Escher und Usteri

Mitgliedern der gesetzgebenden Ráthe der helvetischen Republik.

Band II.

Nº. LVI.

Luzern, den 19. Januar 1799.

## Gesetzgebung.

Senat, 20. November.

(Fortsetzung.)

Barras findet den Beschluß undeutlich, mit sich selbst im Widerspruch stehend, und verwirft ihn theils darum, theils aber auch um seines allgemeinen Inhalts willen. — Die Constitution sagt kein Wort von Municipalitäten; also ist auch kein Theil der Constitution auf dieselben anwendbar; es ist von einer ganz neu einzurichtenden Anstalt die Rede; wir müssen dieselbe den Grundsätzen der Constitution, also der Freiheit und Gleichheit, anpassen; die Freiheit besteht aber darin, thun zu dürfen was niemandem schadet: warum sollten also die Bürger sich nicht frei versammeln dürfen? — Wir sollen die Anstalt unsern, nicht fremden Sitten und Gewohnheiten anpassen; durch den Beschluß würden die Gemeinden ihre Rechte, ihre auf Titel und Acten gegründete Rechte verlieren; die Constitution sagt aber, kein Gesetz dürfe rückwirkende Kraft haben. Die Municipalbeamten müssen der Gemeinde für ihre Verrichtungen verantwortlich seyn und ihr Rechnung ablegen.

Zulauf verwirft den Beschluß ebenfalls, wünscht aber, daß jede Municipalität berechtigt wäre, ausser den Urversammlungen, alle Familienhäupter so oft sie es nöthig fände, zusammenzurufen, indem es in den Gemeinden auf dem Land, hundert Fälle giebt, über die zu entscheiden, eine kleine Municipalität nicht gerne über sich nimmt.

Augustini tadelt es, daß Usteri die repräsentative Verfassung auch auf Eigenthumsfachen ausdehnen will; es soll dieselbe, meint er, nicht weiter als bis auf die Verwaltungskammern herab gehen. Er findet auch der 96. Artikel der Constitution sey hier nicht anwendbar; vielerlei Angelegenheiten, als Pfarrerwahlen, Feuer- und Wasserschäden u. s. f. können außerordentliche Versammlungen nothwendig machen. Er verwirft den Beschluß.

Diethelm verwirft ihn ebenfalls; Friede, Ruhe und Eintracht, glaubt er, werden eher erzielt und erhalten werden, wenn ohne Beistimmung der Statthalter, Gemeinden sich besammeln können.

Ruepp verwirft den Beschluß wegen Unklarheit, bemerkt aber es sey sonderbar, daß während unter den alten Regierungen alles die Rechte der Städter beneidete und in dieselben eintreten wollte, nun hingegen man darüber unzufrieden ist, daß die Municipalitäten eine Act Rath werden sollten.

Pfyffer. In der Resolution ist es sehr wohl bestimmt, daß Generalversammlungen der Aktivbürger, 1. wegen den Wahlen der Municipalbeamten, 2. wegen den Lokalkontributionen statt finden sollen; denn dem Volk ist wesentlich daran gelegen; daß es seine Municipalbeamten selbst wählen, und daß es nicht willkürlich von Municipalbeamten besteuert werden könne. Aber ich sehe nicht wohl ein, warum wegen anderer Communalgegenstände die Aktivbürger noch versammelt werden sollten. Denn die Gemeindeschäfte hat das Volk ja Männern von seiner eignen Wahl, in die es sein Zutrauen setzt, übertragen, anvertraut.

Das Volk herathschlagt über diese Geschäfte, verwaltet diese Geschäfte nicht selbst; auch darinn hat es seine Stellvertreter. Dies steht mit dem Wesen einer repräsentativen Constitution, wie die unsrige ist, in vollkommener Harmonie. Oder sollten die Aktivbürger in Fällen eines Mißbrauchs der Gewalt von Seite der Municipalbeamten, oder wegen Veruntreuung der Gelder sich versammeln; aber darüber sind die Beamten ja verantwortlich, sie stehen unter unmittelbarer Aufsicht des Direktoriums; sie dürfen von jedem Aktivbürger bei demselben angeklagt, und wenn dieses nicht Recht verschafft, dem gesetzgebenden Corps denunziert werden. Die Act der Responsabilität wird den Municipalbeamten näher bestimmt werden. Also ist das Interesse der Gemeinden von dieser Seite hinlänglich versichert. Wenn es aber auch noch Fälle gäbe, wo Generalversammlungen der Aktivbürger, die das Gesetz nicht vorgeschlagen hat, statt fänden, so bestimmt die Resolution weislich, daß solche nicht ohne Vorwissen der Regierung oder ihrer Beamten statt finden sollen. Könnten die Gemeinden sich nach Belieben versammeln, ohne nur solche Genehmigungen, so würde man der Anarchie oder Gesetzlosigkeit Thür und Thor öffnen! Feinde der Revolution könnten zumahl jetzt, wo das Volk noch so unwissend, noch so ver-



führbar ist, die gefährlichsten Bewegungen verursachen, und durch tumultuarische Gemeindeversammlungen Conterrevolutionspläne, so wie Ungehorsam gegen Gesetze gar zu sehr befördern. Haben wir nicht schon die bedauerlichsten Beweise, wie sehr das Volk in solchen Versammlungen verführt werden könne! Man erinnere sich der neuesten Ereignisse; in Stanz, Schweiz und lezthin zu Langenthal. Will man sich immer den nämlichen Gefahren aussetzen. Noch einmal, die Freiheit des Volkes bestehet nicht darin, daß es in allgemeinen oder besondern Versammlungen selbst rathschlage, sondern darin, daß es tüchtige und rechtschaffene Leute wähle, die in den höhern und niedern Stufen der Gewalt, seine Rechte, sein Wohl besorgen, und daß es sicher seyn könne, daß seine Rechte, sein Wohl besser noch, als wenn es selbst regierte, gesichert sind. Er nimmt den Beschluß an.

Zulauf: Wenn die Verordnung der Regierung über die Conscription der jungen Leute vor versammelter Gemeinde in Langenthal wäre bekannt gemacht worden, so würden die dortigen Unruhen gewiß nicht ausgebrochen seyn.

Lüthi v. Langn. spricht gegen den Beschluß und stimmt Zulaufs Bemerkung bei; es ist gewiß meist weit rathsamer, den Gang der Sachen vor offenen Gemeinden vorzutragen.

Der Beschluß wird verworfen.

Mittelholzer erhält für 10 Tag Urlaubserlängerung.

Senat, 21. November.

Präsident: Crauer.

Rubli berichtet im Namen einer Commission über den 3ten Abschn. des Municipalgutachtens, der die Zusammensetzung der Municipalitäten betrifft.

Der Beschluß wird genehmigt.

Ein Beschluß, betreffend die Erwählungsart der Municipalbeamten wird an eine aus den B. Hoch, Duc, Baucher, Stapfer und Meyer v. Arb. bestehende Commission, welche in der Sitzung vom 24. ihren Bericht erstatten wird, gewiesen.

Eine Bittschrift des B. Peter Hermann, Wirth zum Löwen zu Walters im Kanton Luzern, betreffend das Tavernenrecht, wird verlesen, und der mit diesem Gegenstand beschäftigten Commission zugewiesen.

Senat, 22. November.

Präsident: Crauer.

Die zu Untersuchung des Beschlusses über Weinverkauf und Wirthsrechte niedergesezte Commission statter ihren Bericht ab und rath zu Verwerfung desselben.

Man ruft von allen Seiten zum Abstimmen und zur Verwerfung.

Meyer v. Arb. dankt der Commission für die genaue Erörterung der Fehler des Beschlusses. Auch er will einige Bemerkungen noch beifügen. Er hat 1) nichts dagegen einzuwenden, daß jeder seinen Wein verkaufen dürfe; aber das gleiche gilt auch für den Mostverkauf. 2) Könnte in den Gemeinden, wo noch keine Wirthshäuser waren, das Wirthschaften von der Majorität willkürlich untersagt werden. Das wäre Eingriff in Freiheit, in Gleichheit. In allen Gemeinden muß jeder gleiche Rechte haben. Hier ist auch die Resolution, wie es schon die Commission bemerkt, im Widerspruch mit sich selbst. 3) Ist die Entschädigung nicht hinlänglich; oder müßten sie es für eine Gnade ansehen, keine Patente während 20 Jahren zahlen zu müssen, und dann nach deren Verlauf die Aussicht zu haben, daß sie für das was sie gekauft haben, eine Steuer entrichten müssen. Patentbezahlung ist ungerecht; Abgaben sollen gleich, einformig seyn; hier ist weder das eine noch das andere; für die einen wären sie leicht, für die andern drückend. Außer dem Steuersystem sollten keine andern Abgaben statt finden. Patentbezahlung ist von äußerst widriger Wirkung im Kanton Thurgau; sie erinnert an alte Sklaverei. Wenn man alle Sachen mit Abgaben belegt, wird es bald wie in Engelland seyn und man wird nichts anders mehr als Wasser und Luft frei haben. Er stimmt mit vollem Unwillen zur Verwerfung des Beschlusses, und wünscht eine Resolution, in der das Wirthschaftsrecht freigegeben, aber jeder neue Wirth etwas zur Entschädigung der alten Wirths beibringen müßte; diese Beiträge aber müßten in eine besondere, nicht in die Nationalkasse fließen.

Zäslin will den Senat nicht lange aufhalten, will nicht in die Sache eintreten; sowohl der Präopinant als die Commission haben ihm Genüge gethan; nur hätte er gewünscht, daß der große Rath die Bemerkungen, die die vom Senat über die erste Resolution über eben diesen Gegenstand niedergesezte Commission mehreren Mitgliedern desselben mitgetheilt hat, benutzt hätte. Nur über die Patente will er bemerken, daß sie mit einem auf Gleichheit gegründeten Abgabensystem nicht vereinbar sind.

Barraz: die Konstitution will, daß Ausgelassenheit vermindert werde; aber Wirthshäuser sind wahre Zufluchtsorte der Ausgelassenheit; sie sind Religion und Sitten gleich nachtheilig. Warum müssen Wirthshäuser seyn? damit Fremde beherbergt werden, damit eheliche Leute nach den Geschäften des Tages Unterhalt und Zeitvertrieb finden. Es müssen daher so viele seyn, als nöthig sind: also an Straßen, und in bedeutenden Orten. Vieles sollte also in der Resolution anders seyn. Z. B. ist nicht Widerspruch darin, daß in einem Artikel allgemeine Freiheit Wirthschaften zu errichten, gestattet, und im andern Par. wieder eingeschränkt wird?

Lang will nicht viel sagen: nur will er das

rügen, daß ein Präopinant die Wirthschaftserrichtung an entlegenem Ort nicht gestattet wissen will. Das ist der Gleichheit entgegen. Dann fragt er auch: warum in einigen Gemeinden die Majorität das Recht haben soll, Errichtung von Wirthshäusern zu untersagen? das ist ja Demokratie, und ist einer repräsentativen Verfassung ganz zuwider. Er verwirft die Resolution.

Die Resolution wird einmüthig verworfen.

Stammen läßt seine Abwesenheit für einige Tage wegen Krankheit entschuldigen.

Man schreitet zu Erneuerung des Bureau; Kubli wird zum Präsident; Frossard zum französischen Secretär und Mürger zum Saalinspektor ernannt.

Ein Beschluß, der den 5ten Abschn. der Organisationsgesetze des obersten Gerichtshofs enthält, wird der bereits mit den ersten Abschnitten beschäftigten Commission zugewiesen, die am 24. berichten soll.

Ein Beschluß, dessen wir seiner Zeit gedenken werden, wird zum erstenmal verlesen.

Der Beschluß, welcher dem Minister des Innern einen Credit von 50 000 Franken beim Nationalschatzamt eröffnet, um solche zu dem durch das Gesetz vom 10. Oktober bestimmten Zweck zu verwenden, wird angenommen.

Die Versammlung bildet sich zu Behandlung des Hartmannischen Geschäftes in geheimes Comité.

Senat, 23. November.

Präsident: Kubli.

Der Senat schließt seine Sitzung, um sich mit der Hartmannischen Angelegenheit zu beschäftigen.

Nach Wiedereröffnung derselben wird eine Petition des Rathes der Gemeinde Peterlingen, die Gemeindgüter betreffend, verlesen.

Senat, 24. November.

Präsident: Kubli.

Eine Commission berichtet über die drei ersten, die provisorische Organisation des obersten Gerichtshofes betreffenden Beschlüsse. Ihrem Anrathen gemäß werden dieselben angenommen.

Kaslehere wird an Usteris Stelle, der Krankheit halber abwesend ist, dieser Commission für ihre weitere Arbeit zugegeben.

Eine andere Commission berichtet über den die Erwählung der Municipalbeamten betreffenden Beschluß. Sie rath zur Verwerfung desselben und tadelt vornemlich die durch den 24 Art. geforderte absolute Stimmenmehrheit, da zu Gewinnung von Zeit die relative vorzüglicher gewesen wäre; die durch den 26 Art. vorgeschriebene Wahl nach den Sektionen, scheint ihr unausführbar; sie würde eher jede Sektion, die ihr zukommende Zahl Municipalbeamte wählen lassen;

im 35 Art. hätten die Schwäger auch als unfähig neben einander in den Municipalitäten zu sitzen erklärt werden sollen. — Lüthi v. Sol. und Mürer zeigen die Unzulänglichkeit dieser Verwerfungsgründe. Crauer, Zäslin, Fuchs, Lang, Barras und Mürger sprechen ebenfalls für die Annahme. Meyer v. Arb., Hoch, Kaslehere, Augustini und Bay sprechen dagegen.

Der Beschluß wird mit grossem Stimmenmehr verworfen.

Der Senat schließt seine Sitzung, um sich mit der Hartmannischen Angelegenheit zu beschäftigen. (Der Beschluß des gr. Rathes, daß Untersuchung des Betragens des B. Hartmann als Commissär des Vollziehungsdirektoriums statt finde, war angenommen und die Sache mithin dem obersten Gerichtshof übergeben worden).

Am 25. November war keine Sitzung.

Senat, 26. November.

Präsident: Kubli.

Der Beschluß, welcher dem B. J. G. Staub von Läfelfingen, Kant. Basel, seine einfache Legitimation bewilligt, wird zum zweitenmal verlesen und angenommen.

Eben so derjenige, welcher der B. Anna Maria Rastberger von Krienz, Kant. Luzern, die gleiche Bewilligung ertheilt.

Der Beschluß, nach welchem alle Gemeinden Helvetiens, denen bisher die Besorgung der Strassen oblag, gehalten seyn sollen, dieselben noch ferner zu unterhalten, bis ein allgemeines Gesetz über die Besorgung der Strassen für ganz Helvetien abgefaßt seyn wird, wird zum 2tenmal verlesen. Derselbe ist durch eine Petition des Distrikts Hochdorf, Kant. Luzern, veranlaßt, welcher der Unterhaltung der Landstrasse auf Basel enthoben zu werden, bat.

Crauer verwirft den Beschluß; er unterstützt das Begehren des Distrikts und hätte gewünscht, daß seine Last wäre erleichtert worden.

Zäslin spricht in gleichem Sinne und von der Wichtigkeit dieser Hauptstrasse; er hätte gewünscht, die Bittschrift wäre wenigstens dem Direktorium zugewiesen worden.

Hoch findet die Reparation dieser Strasse auch sehr nothwendig, und die Erklärung des gr. Rathes gefällt ihm nicht; auf diese Art müßten die Städte keine und die Dörfer alle Strassen unterhalten. Er verwirft den Beschluß.

Stapfer ist gleicher Meinung; daß die Unterhaltung der Nebenstrassen den Gemeinden zukomme, ist in der Ordnung; aber die der Hauptstrassen ihnen allein aufzuden, unbillig.



Genhard glaubt, für einmal hätte der bittfel-  
tenden Gemeinde allein, nicht entsprochen werden kön-  
nen; er nimmt den Beschluß an.

Baucher findet gar kein Gefallen an dieser Be-  
stätigung alter Gesetze; ehemals durfte man nur 40  
Centner laden, nun gegen Aufgeld bis 80 Centner.  
Wer bezieht dieses Geld? — die Regierung. Muß es  
also nicht Mißvergnügen erregen, wenn man dennoch  
die Strassen von den Gemeinden bezahlt wissen will.

Müller verwirft den Beschluß als ungerecht  
und constitutionswidrig; die Constitution verlangt  
gleiche Vertheilung der Lasten.

Kuepp bemerkt, die Strassen im Distrikt Hoch-  
dorf seyen schlecht, und durch Verwerfung des Be-  
schlusses werde die Heerstrasse auch in Verfall gerathen.

Fuchs glaubt, der grosse Rath habe keinen an-  
dern Beschluß nehmen können. Frankreich soll uns  
zur Lehre dienen, wo die Strassen während der Re-  
volution auch in den größten Verfall geriethen.

Lüthi v. Sol. glaubt, der gr. Rath habe durch  
eine Erklärung geantwortet, die nothwendig erforderlich  
war: die Constitution läßt die alten Gesetze und Ge-  
bräuche in Kraft, bis sie durch neue allgemeine Gesetze  
aufgehoben werden.

Schärer, dessen Gemeinde sich in ähnlichem Falle  
befindet, stimmt zur Verwerfung, und wünscht glei-  
chere und billigere Vertheilung der Lasten.

Lüthi v. Langn. hält dafür, die Verwerfung  
des Beschlusses wäre gefährlich, indem sie Vernach-  
lässigung der Strassen zur Folge haben würde. Er  
wünschte daß der Landmann die Materien zum Stras-  
senbau herbeizuschaffen gehalten wäre, daß dagegen  
die Regierung die Anlage und Unterhaltung besorgen  
und Wegknechte anstellen würde.

Schneider bemerkt, es sey die Frage nun nicht,  
ob die Distrikte die Strassen besorgen sollen, sondern  
ob man über das Begehren des Distrikts Hochdorf  
eintreten wolle. Der gr. Rath fand dieses nicht rath-  
sam. In seinem Kanton habe man gut unterhaltene  
Strassen für eine Ehre gehalten.

Grossard kann den Beschluß nicht annehmen;  
durch Strassengelder, deren Ertrag man auf eine  
zweckmäßige Art erhöhen sollte, müssen die Strassen  
unterhalten, und nur wo diese nicht zureichen, kann  
die Last dem Volk aufgelegt werden.

Münzinger glaubt, die gute Unterhaltung der Stras-  
sen in einigen Kantonen sey leicht gewesen, da durch  
aristokratische Einrichtungen, der Arme, der nie ein  
Rad auf die Strasse setzen konnte, gleich dem  
Reichen, dem sie so nützlich war, dazu beitragen,  
und seine Zeit mit unentgeltlicher Arbeit aufopfern  
musste. Es sey sehr wichtig, daß schleunig ein allge-  
meines Gesetz abgefaßt werde.

Bay kann für einmal nicht zur Verwerfung stim-  
men, weil sich dadurch alle Gemeinden von der Sorge  
für die Strassen frei glauben würden.

Bundt stimmt zur Verwerfung; zu den Strassen  
sollen alle Bürger, wie zu den übrigen Lasten des  
Staates gleich beitragen; je grösser übrigens die Ari-  
stokratie in einem Lande, desto besser seyen auch die  
Strassen. Längst hätte der grosse Rath ein allgemei-  
nes Gesetz abfassen sollen; allenthalben ist das Volk  
begierig auf die neuen Gesetze, und daß diese so lang-  
sam kommen, daran ist hauptsächlich Schuld, daß es  
im gr. Rath immer heißt: die Koch, Kuhn u. s. w.  
sollen in die Commission; dahingegen es weit schneller  
gehen würde, wenn man abwechselnd je drei und drei  
Glieder in eine Commission reihen würde.

Meyer v. Frau ist für die Annahme, da durch  
die Verwerfung alle Gemeinden sich dem Strassenbau  
entziehen würden.

Müzet nimmt den Beschluß an. Das bisherige  
ungleiche Verfahren bei Unterhaltung der Strassen war  
drückend und ungerecht; schleunig soll daher ein neues  
gerechteres Gesetz diese Ungleichheiten verschwinden  
machen; bis aber dieses geschehen ist, müssen die al-  
ten Verordnungen beobachtet werden, sonst kommen  
die Strassen in gänzlichen Verfall, da man ohne ein  
Gesetz keine neue Versorgungsart einführen kann.

Mit 32 Stimmen gegen 19 wird der Beschluß  
angenommen.

Lüthi v. Sol. berichtet im Namen einer Com-  
mission über den Beschluß, welcher den 3ten Abschn.  
der Organisation des obersten Gerichtshofs enthält.  
Die Commission rath zur Verwerfung, hauptsächlich  
wegen des 35ten Art., der dem Cassationsgericht,  
gegen muthwillige Appellanten, ein Strafrecht ertheilt.  
Der Beschluß wird verworfen.

Ein, mit Dringlichkeitserklärung begleiteter Be-  
schluß, welcher eine vollkommene Amnestie und Ver-  
gessenheit alles dessen, was in den Monaten Jenner,  
Hornung und Merz dieses Jahrs, durch die Patrioten  
in den ehemaligen italienischen Vogteien ist vorgenom-  
men worden, erklärt — wird verlesen.

Man ruft zum Abstimmen und zur Annahme.

Augustini verlangt eine Commission. Er be-  
merkt, daß in der Botschaft, welche den Beschluß  
veranlaßte, von den Wallisern die Rede ist, der Be-  
schluß hingegen ihrer nicht erwähnt. Was die italia-  
nischen Patrioten betrifft, so komme es darauf an, ob  
sie, was sie thaten, aus Eifersucht für die Freiheit  
gethan haben, ehe sie Hoffnung zur Vereinigung mit  
der helvetischen Republik besaßen, dann verdienen sie  
allerdings keine Strafe; wohl aber wann sie es später  
und nach Aufstellung des Huts der Tellen thaten.

Fuchs wundert sich, daß man ansetzen kann,  
eine Resolution anzunehmen, welche Patrioten aus  
dem Kerker befreien soll, die um ihres frühen Eifers  
für die Freiheit willen leiden.

Caglioni bemerkt, daß diese Freiheitsliebe so  
rein eben nicht war, in Hoffnung indeß, diese jungen  
Männer werden künftig als Schweizer, das Wohl der



helvetischen Republik befördern helfen, vereinigt er sich mit Augustini für die Commission.

Meyer v. Arb. freut sich über die Resolution eben so sehr, als daß Caglioni seinen gefangenen Brüdern das Wort redet.

Stoßmann bemerkt, daß keineswegs aus despotischen Absichten, sondern zum allgemeinen Besten wegen des ungeschickten Betragens des Landvogts, die ehemaligen löbl. Stände Repräsentanten in die italienischen Vogteien sandten; auch er gieng als Repräsentant dahin ab; er schildert was ihm widerfahren und wie er Lebensgefahr ausgestanden, und wie eben diese Patrioten, von denen izt die Rede ist, ihm eine Nacht verursacht haben, die er sich sobald nicht wieder wünscht. Er hat ihnen aber vergeben und glaubt, man solle nicht ansehen, den Beschluß anzunehmen.

Müller will auch annehmen, aber er wünscht dagegen doppelt scharfe Bestrafung derjenigen, die izt damit umgehen, das Volk zu beunruhigen.

Crauer bemerkt, daß eine Commission in der Sache nichts aufhellen könnte.

Der Beschluß wird angenommen.

Ein Beschluß über die Einrichtung der Municipalitäten, der von der Generalversammlung der Afdiozbürger handelt, wird verworfen.

Hier die Municipalitäten betreffende Beschlüsse, die von den Einrichtungen der Municipalitäten, von der Vertheilung der Municipalgeschäfte, von den Polizeivergehen und von den Ausgaben der Municipalität handeln, werden einer aus den B. Muret, Lütli v. Sol., Meyer v. Frau, Crauer und Müller bestehenden Commission übergeben, die am ersten December berichten soll.

Der Beschluß, welcher die Amtskleidung der Municipalbeamten bestimmt, wird angenommen.

Der ebenfalls zur Municipalitätseinrichtung gehörende Beschluß, über die Generalversammlung der Antheilhaber an den Gemeindgütern, wird einer aus den B. Dolder, Laflechere, Müller, Pfyster und Fuchs bestehenden Commission, die am 3. Dec. berichten soll, übergeben.

Der Municipalitätenbeschluß, so von der Einrichtung der Gemeindkammer handelt, wird angenommen.

Der Beschluß über die Wahl der Gemeindverwalter wird der lezt genannten Commission übergeben, mit dem Auftrag, nicht eher darüber zu berichten, bis ein Beschluß über die Wahlart der Municipalbeamten wird angenommen seyn.

Eben dieser Commission werden auch drei Beschlüsse über die Einrichtungen der Generalversammlung der Gemeindgute Antheilhaber zugewiesen.

Der Beschluß, welcher erklärt, daß die Gemeindsverwalter kein Amtskleid tragen sollen, wird angenommen.

Senat, 27. November.

Präsident: Publi.

Berthollet klagt über die wenig genaue Beobachtung

des Gesetzes über die Amtskleidung der Glieder des Senats. Meyer v. Arb. stimmt der Klage bei und bemerkt, daß auch die Hutfedern zum Costum gehören, und von gleicher Form, von allen Mitgliedern getragen werden sollten. Dolder findet man könne diesen Federn keine Form bestimmen. Zastlin möchte eine Zeit festsetzen, binnen welcher jedermann sich auch diesen Theil des Costums anschaffen soll. Buntz meint, wenn dieses Gesetz so genau soll beobachtet werden, so müßte man auch das über die Gehaltszahlungen richtiger beobachten.

Der Präsident ladet die Mitglieder ein, dem Gesetz über die Amtskleidung, Folge zu leisten.

Ueber die Schwierigkeit der Uebersetzungen verschiedener Commissionalgutachten, wegen der schlimmen Handschrift einiger Mitglieder, erheben sich einige uninteressante Discussionen.

Zwei Beschlüsse werden zum erstenmal verlesen, deren wir in der Folge gedenken werden.

Senat, 28. November.

Präsident: Publi.

Ein Beschluß, welchem zufolge die einfache Strafe des Verlusts oder der Einstellung des Bürgerrechts, keineswegs den Verlust oder die Einstellung der Theilnahme an den Gemeindgütern nach sich zieht, wird zum zweitenmal verlesen und angenommen.

(Mittags 11 Uhr.)

Ein mit Dringlichkeitserklärung begleiteter Beschluß wird angenommen, durch den das Direktorium eingeladen wird den gesetzgebenden Räten mit Beschleunigung einen Bericht über den Bestand der Kanzleien aller öffentlichen Gewalten mitzutheilen und ferner allen obersten Vorgesetzten dieser Kanzleien die genaueste Aufsicht über ihre Untergeordneten anzubefehlen.

Eben so wird der Beschluß angenommen, welcher erklärt, daß die in diesem Jahr verfallenen Grund- und Bodenzinsen, in dem durch das Gesetz v. 10. November bestimmten Auskauf begriffen seyen.

Auch derjenige, welcher das Direktorium einladet, die Gesetze über die Feodalabgaben mit möglichster Beförderung in ganz Helvetien bekannt zu machen.

Auf Antrag der über den die Einrichtungen der Municipalitäten betreffenden Beschluß niedergesetzten Commission, wird derselbe wegen fehlerhafter Redaction verworfen.

Buntz erhält für 4 Wochen Urlaub.

Der Senat schließt seine Sitzung und nimmt zwei Beschlüsse an, von denen der eine erklärt, daß die in sardinischen Diensten stehenden Schweizerregimentar von den Bestimmungen des Gesetzes vom 5. Junius nat die fremden Werbungen betreffend, ausgenommen sind; der zwe, das Direktorium einladet über Beschwerden der Verwaltungskammer von Bellinz wegen erschwerter Ein- und Ausfuhr von Waaren, genauere Erkundigungen einzuziehen.